

Was uns bewegt ...

... am 9. November 2016 zu unserer Großdemonstration nach Potsdam zu kommen!

In der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift Deutsche Polizei hatten wir unter der Überschrift „Jetzt wir!“ die Themen unserer Demonstration bereits angerissen. Die November-Ausgabe unserer Deutschen Polizei wollen wir nun fast ausschließlich der Großdemonstration am 9. November in Potsdam widmen. Warum ist diese uns so wichtig, dass wir alle anderen ebenfalls wichtigen Themen für unsere DP in den Hintergrund rücken? **Es geht uns um die Bedingungen im öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg. Und uns als Gewerkschaft der Polizei geht es insbesondere um die Bedingungen für die Polizei des Landes Brandenburg.**

Im Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien ist festgeschrieben, dass Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg geführt werden sollen. Diese Verhandlungen haben stattgefunden. Alles, was Geld kostet, wurde seitens der Landesregierung als nicht verhandelbar abgelehnt. Neben der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg für die Gewinnung von geeigneten Bewerbern für den öffentlichen Dienst war es uns insbesondere wichtig, für unsere Kollegen und Kolleginnen im Dienst bzw. für **unsere Kollegen und Kolleginnen, die jahrelang ihren Dienst verrichtet haben und jetzt im wohlverdienten Ruhestand sind**, Verbesserungen zu erreichen. Nicht einmal in der Frage der Entlastung für lebensältere Kollegen und Kolleginnen gab es Angebote seitens der Landesregierung.

Die Verhandlungen wurden seitens der Gewerkschaft der Polizei, der Gewerkschaft der Erziehung und Wissenschaft und der IG BAU (Bereich Forstarbeiter) für gescheitert erklärt. Es folgte der gemeinsame Aufruf zur Demonstration am 9. November 2016.

Die wichtigsten Themen, die unsere Kollegen und Kolleginnen der Poli-

zei des Landes Brandenburg betreffen, haben wir in Form von Plakaten mit einer Spritze Humor aber auch in der angemessenen Deutlichkeit dargestellt. Wir danken hier unserer Kollegin Sandra G., die die jeweiligen Karikaturen erarbeitet und uns zur Verfügung gestellt hat.

SAUER MACHT FRUSTIG!

Dieses Motto wurde gemeinsam mit der GEW und der IG BAU für unsere Großdemonstration entwickelt und als allgemeines Plakat veröffentlicht. Mit dem Wort Frust lässt sich kurz und prägnant die Stimmung in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes beschreiben. Mit unserer Demonstration am 9. November 2016 soll dieser Frust artikuliert und wahrnehmbar herausgelassen werden.

Notgroschen für Polizei und innere Sicherheit

Hier geht es uns insbesondere um die Frage der Besoldung unserer Polizeivollzugsbeamten. Ja, es wurde in letzter Zeit einiges getan. Die Erschwerniszulagen wurden in einigen Bereichen angehoben. Auch wird es 2016 mehr Beförderungsmöglichkeiten geben. Aber bei den weitaus größeren Stellschrauben wie z. B. altersdiskriminierende Besoldung, amtsangemessene Besoldung und Festschreibung des Anspruchs auf 1:1-Übernahme von Tarifergebnissen für die Beamtenbesoldung sitzt die Landesregierung die Probleme aus.

Die Masse unserer Kollegen und Kolleginnen haben vor dem 1. Januar 2014 (Inkrafttreten der Erfahrungsstufen statt Altersstufen) ihre Ansprüche auf Entschädigung wegen altersdiskriminierender Besoldung geltend gemacht. In der Rechtsprechung zeichnet sich ab, dass ein Entschädigungsanspruch von monatlich 100 Euro als angemessen angesehen wird. Das Land Brandenburg reagiert nicht und wartet letztlich eine erneu-

te Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ab. Das kann noch Jahre dauern.

Das Bundesverfassungsgericht hat für einige Länder die Verfassungswidrigkeit der jeweiligen Besoldung festgestellt; unter anderem für das Land Sachsen. Anhand der durch das Bundesverfassungsgericht aufgestellten Prüfkriterien hat das Finanzministerium Brandenburg die Besoldung der Beamten und Beamtinnen des Landes überprüft und für 2015 und 2016 festgestellt, dass die Besoldung verfassungskonform ist. Wir gehen davon aus, dass diese Prüfung für die Jahre 2004 bis 2014 ebenfalls vorgenommen wurde. Eine Aussage dazu gibt es seitens der Landesregierung nicht. Wir erwarten eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Brandenburger R-Besoldung. Die dort getroffenen Feststellungen werden, ähnlich wie in den anderen Ländern, auch für die A-Besoldung zutreffen. Die Landesregierung weiß das; handelt jedoch nicht. Wir fordern die Landesregierung auf, sich mit uns an einen Tisch zu setzen und, wie in Sachsen erfolgt, einen Katalog zu erarbeiten, der für die Vergangenheit Nachzahlungen enthält und für die Zukunft eine spürbare Anhebung der Besoldung vorsieht. Das kostet Geld, das die Landesregierung jedoch für die Probleme BER, Altanschießer und Kommunalreform zurückhalten will.

Das Geld ist vorhanden. Die Steuereinnahmen für das Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 (Stand September 2016) weisen ein Plus von ca. 230 Millionen Euro aus. Bereits 2015 waren die Steuereinnahmen deutlich höher als erwartet ausgefallen.

Glücksrad der inneren Sicherheit

Alle in der Vergangenheit im politischen Raum stehenden „Zielzahlen“, besser gesagt Stellen für die Brandenburger Polizei, sind auf dem

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

„Glücksrad der Inneren Sicherheit“ aufgeführt. Innenminister Schröter, als Kandidat dieser „Glücksradshow“, hofft, dass das vom Moderator MP Woidke im Beisein der Glücksfee Finanzminister Görke gedrehte Glücksrad bei 8296 oder gar 8600 Stellen stehen bleibt.

Die Beschlüsse der Landesregierung in der Vergangenheit zur Reduzierung der Stellenzahl in der Polizei auf 7000 bzw. später 7855 führten dazu, dass nicht genug Polizeinachwuchs ausgebildet/eingestellt wurde. Die Realität hat nun Brandenburg eingeholt. Die Evaluierung der Polizeistrukturreform hat einen **Mindestbedarf** an Dienstposten in Höhe von 8296 ergeben. Die Politik reagierte und erhöhte die Stellenzahl der Polizei auf 8113 und jetzt für den Doppelhaushalt 2017/2018 auf 8200. Diese neuen Zielzahlen führen dazu, dass der Personalabbau verlangsamt wird. Er wird nicht gestoppt. Erst in den nächsten Jahren, wenn die erhöhten Einstellungszahlen an der FHPoL die Polizei erreichen, wird der Abbau gestoppt.

Allen ist klar, dass die Kapazitäten der Fachhochschule der Polizei begrenzt sind. 350 Einstellungen im Jahr stellen eine enorme Herausforderung für die Fachhochschule der Polizei und der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar. Unter Beachtung der begrenzten Ausbildungskapazität an der Fachhochschule der Polizei ist selbst eine Zielzahl von 8200 so nicht zu erreichen. Warum fordern wir dann 8296 (Ergebnis der Evaluierung) bzw. 8300 oder gar 8600 (unter Beachtung der Flüchtlingsproblematik)? Zum einen weil wir dieses als klares Signal in Richtung Polizei ansehen, dass die Landesregierung gewillt ist, auf die Probleme der inneren Sicherheit und die Herausforderungen der Zukunft zu reagieren. Zum anderen eröffnet es Räume für weitere Möglichkeiten der Personalgewinnung. Zu nennen sind das Feldjäger- oder vergleichbare Programme, mögliche Verlängerungen der Lebensarbeitszeit unter Schaffung entsprechender Anreize und vermehrte Einstellung von Verwaltungsbeamten und Arbeitnehmern (Tarifbeschäftigte). Die Verwaltung ist ebenfalls von übermäßigem Personalmangel betroffen. Eine Entlastung dort würde auch zu einer spürbaren Entlastung des Polizeivollzugsdienstes führen.

schoßen und uns zur Verfügung gestellt. Eine gesetzliche Regelung zur inhaltsgleichen Übertragung im Tarifergebnisse für die Beamtenbesoldung wird uns – wie zuletzt im Rahmen der Änderung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes Brandenburg gefordert – verweigert.

Hilfe, wir können nicht mehr!

Diese Problematik bewegt unsere Kollegen und Kolleginnen am meisten. Personalmangel führt zu einer zunehmenden Arbeitsverdichtung. Neue Aufgaben verschärfen diese Entwicklung. Die permanente Überlastung führt zu einem hohen Krankenstand. Dieses wiederum erhöht den Arbeitsdruck für die noch gesunden Kolleginnen und Kollegen. Ein Zyklus, der gegenwärtig nicht durchbrochen wird. Wir fordern, dass die Landesregierung deutliche Zeichen für die im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen setzt. Insbesondere geht es uns um Entlastungen für lebensältere Kollegen und Kolleginnen sowie um Anerkennung der Leistung in Form von angemessener Besoldung.

Das Motiv kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung wurde bewusst gewählt. Die übergroße Anzahl von offenen Vorgängen führt dazu, dass die Kolleginnen und Kollegen der K nach einem langen Dienst nicht mit den Problemen abschließen können. Sie nehmen diese mit nach Hause; das macht zusätzlich krank.

Rote Laterne

Dieses Plakat ergänzt die Problematik Geld für die Brandenburger Polizei. Brandenburg hat zurzeit die zweitschlechteste Besoldung bundesweit. Berlin, als das gegenwärtige Schlusslicht, gleicht die Besoldung jedoch an den Bundesdurchschnitt an. Brandenburg wird also wieder Schlusslicht. Die Abkoppelungen der Besoldung von den Tarifabschlüssen in Höhe von 1,4 Prozent bzw. von 0,95 Prozent sowie die Streichung des Weihnachtsgeldes sind hauptverantwortlich für das Abdriften der Brandenburger Besoldung, weg vom Durchschnitt, hin zum Schlusslicht. Es gibt keine Absichtserklärung oder Maßnahmen der Landesregierung, das zu ändern. Deshalb die Aussage „Wir halten daran fest!“ Dieses Bild Ministerpräsident Woidke (damals Innenminister) mit der roten Laterne gibt es übrigens in echt. Ein Fotograf der MAZ hat es am Rande unserer Demo vom 14. November 2012 ge-

Attraktivität der Ausbildung/ des Studiums an der FHPoL

Warum ist es so, dass die Einstellungszahlen von jährlich jetzt 325 nur sehr schwer vollzubekommen sind. Bewerbungen gibt es (noch) viele. Geeignete Bewerber deutlich weniger. Die Zahl derer, die letztlich die Ausbildung/das Studium aufnehmen, ist kritisch zu sehen. Wieviel von diesen kommen dann letztlich in der Polizei des Landes Brandenburg an? Unsere jungen Leute schauen heutzutage sehr wohl auf die Rahmenbedingungen ihrer künftigen Berufsausübung. Die Konkurrenz zu den Arbeitgebern in der Wirtschaft ist groß. Diese Konkurrenz gibt es mittlerweile auch im gesamten öffentlichen Dienst und insbesondere in den



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Großbeerenstr. 185
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Großbeerenstr. 185
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



AKTUELLES

Polizeien der Länder und des Bundes. Mehrfachbewerbungen sind eine ganz normale Sache. Der Standortvorteil Brandenburg ist letztlich nur noch für Landeskinder ein wichtiges Kriterium. Bewerbungen aus anderen Bundesländern – wie in der Vergangenheit regelmäßig zu verzeichnen – gehen gegen Null. Wie lange reicht das noch? Neben den allgemeinen Kriterien wie Besoldung wollen wir, dass die Bedingungen für die Ausbildung und das Studium an der Fachhochschule der Polizei deutlich verbessert werden. Die Fachhochschule muss in die Lage versetzt werden, die enormen Belastungen auch bewältigen zu können. Dazu gehören mehr

Dozenten und mehr Personal. Für die Auszubildenden und Studenten geht es uns insbesondere um die Schaffung von Unterküften am Standort; kostenfrei bzw. gegen ein geringes Entgelt. Der Wohnungsbedarf in Oranienburg führt zu höheren Mieten. Unsere Auszubildenden und Studenten müssen diese in Kauf nehmen bzw. weichen nach Berlin und noch weiter entferntere Orte aus. Das führt zu einer höheren Belastung für jeden Einzelnen und zu schlechteren Bedingungen für die Ausbildung bzw. das Studium.

Auf alle diese Themen/Fragen wollen wir mit entsprechendem Nach-

druck aufmerksam machen. Wir wollen die Landesregierung auffordern, die Polizei und die innere Sicherheit mit der erforderlichen Priorität zu versehen und entsprechend zu handeln. Politische Fehler beim BER, bei den Altanschlüssen und die bevorstehenden Kosten der Kommunalreform belasten den Landeshaushalt – klar. Aber auch innere Sicherheit und die, die dafür sorgen, dürfen nicht weiter lediglich mit dem unbedingt Notwendigen abgespeist werden. **Deshalb kommt zur Demo nach Potsdam! Bewegt eure Kollegen und Kolleginnen, ebenfalls mitzukommen. Wer, wenn nicht wir alle gemeinsam!**

Euer Andreas Schuster

**SAUER
MACHT
FRUSTIG**

**OHNE DICH
GEHT'S NICHT!**

DEMO
Treffpunkt: Potsdam,
Luisenplatz | 16:30 Uhr
Abschlusskundgebung vor dem Landtag
09.11.2016

FÜR BESSERE BEDINGUNGEN
IM ÖFFENTLICHEN DIENST.

GEW



SAUER MACHT FRUSTIG

FÜR BESSERE BEDINGUNGEN
IM ÖFFENTLICHEN DIENST.



DEMO | 09.11.2016

Treffpunkt: Potsdam, Luisenplatz | 16:30 Uhr

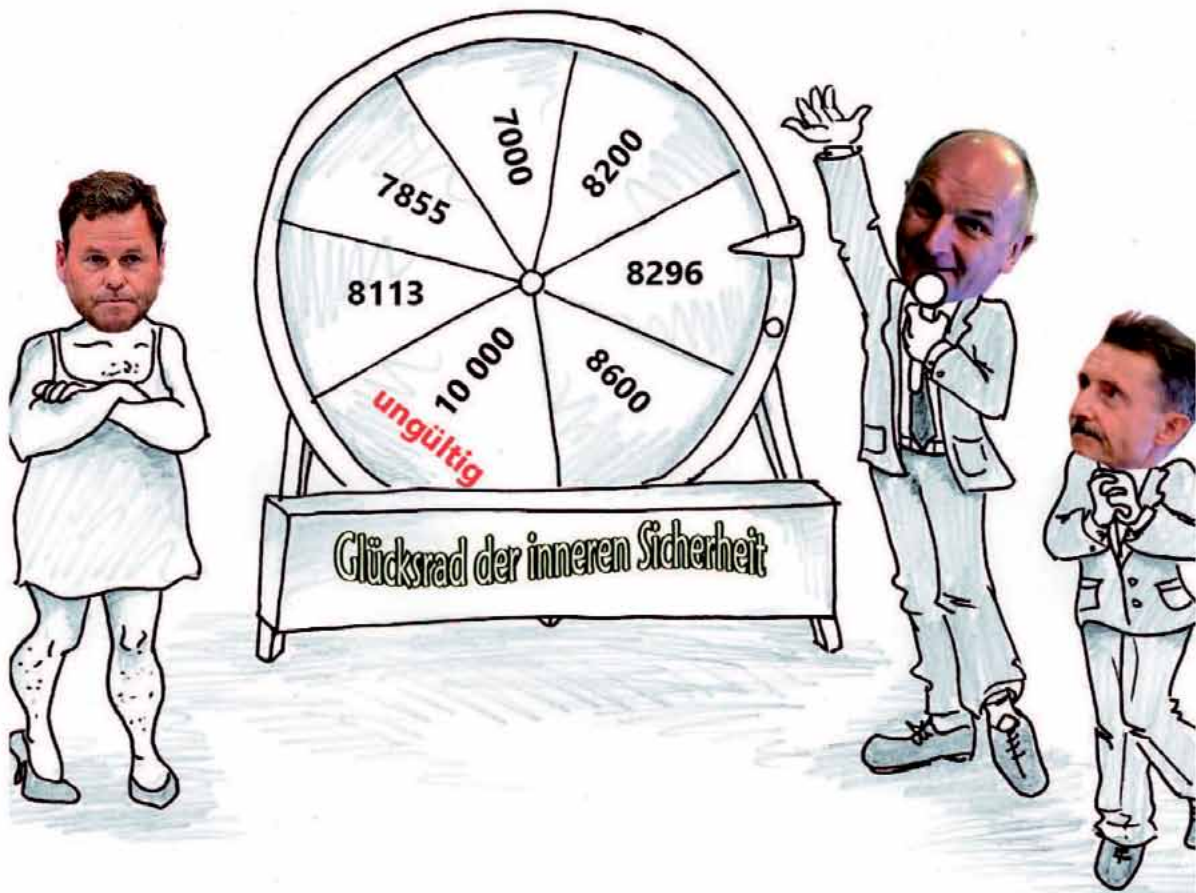
Abschlusskundgebung vor dem Landtag

OHNE DICH
GEHT'S NICHT!



SAUER MACHT FRUSTIG

FÜR BESSERE BEDINGUNGEN
IM ÖFFENTLICHEN DIENST.



DEMO | 09.11.2016

Treffpunkt: Potsdam, Luisenplatz | 16:30 Uhr

Abschlusskundgebung vor dem Landtag

**OHNE DICH
GEHT'S NICHT!**



SAUER MACHT FRUSTIG

FÜR BESSERE BEDINGUNGEN
IM ÖFFENTLICHEN DIENST.



„Wir halten
daran fest“



DEMO | 09.11.2016

Treffpunkt: Potsdam, Luisenplatz | 16:30 Uhr
Abschlusskundgebung vor dem Landtag

OHNE DICH
GEHT'S NICHT!



SAUER MACHT FRUSTIG

FÜR BESSERE BEDINGUNGEN
IM ÖFFENTLICHEN DIENST.



DEMO | 09.11.2016
Treffpunkt: Potsdam, Luisenplatz | 16:30 Uhr
Abschlusskundgebung vor dem Landtag

OHNE DICH GEHT'S NICHT!

GEW  

